

Beschluss des Landrats vom 13.02.2020

Nr. 375

13. Nutzung der natürlichen CO₂-Speicher im Baselbiet als Teil einer effektiven Klimaschutzstrategie

2019/621; Protokoll: je, ble

Laura Grazioli (Grüne) beantragt die Diskussion.

://: Diskussion wird bewilligt.

Laura Grazioli (Grüne) dankt dem Regierungsrat für die sehr ausführliche Antwort, die klar festhalte, dass zur Erreichung der Pariser Klimaziele eine markante Änderung der Strategie zur Eindämmung des Klimawandels notwendig sei. Ebenso, dass die Massnahmen zur Speicherung von CO₂, seien es natürliche oder künstliche, kein Ersatz für die Bemühungen nach schnellstmöglichen und nachhaltigen Emissionsminderungen sind. Gleichzeitig sagt die Regierung, dass der Aufbau von biologischen und technischen CO₂-Senkern anhand von sogenannten Geoengineering-Methoden in naher Zukunft nötig ist. Die Interpellation der Rednerin widmet sich eigentlich den natürlichen CO₂-Speichern, aber weil die technischen Methoden so explizit angesprochen werden, interessiert Laura Grazioli, was die Regierung dazu meint.

Bezüglich der natürlichen CO₂-Senker halte die Regierung fest, dass zurzeit noch keine Gesamtstrategie vorliegt. Die Rednerin wirft die Frage auf, ob der Regierungsrat die Erarbeitung einer solchen Strategie ins Auge fasst und wenn ja, mit welchem Zeithorizont und welchem Fokus.

Erwähnt wird, dass im Bereich Land- und Waldwirtschaft schon fachbezogene Strategien zur gezielten CO₂-Speicherung vorliegen, z.B. das Ebenrain-Projekt «Klimaschutz durch Humusaufbau». Der Votantin ist in diesem Zusammenhang wichtig, dass zwischen den verschiedenen betroffenen Ebenen unterschieden wird. Einerseits gibt es das Humusprojekt, das schon länger in Planung ist und mit dem Aufgaben- und Finanzplan 2020–2023 vom Landrat bewilligt wurde. Die Forschung der letzten Jahre zeigte, dass die Bedeutung der landwirtschaftlich genutzten Böden für den Klimaschutz und die Klimaanpassung riesig ist. So gross, dass sie die Bedeutung der Wälder übersteigt. Der Kanton Basel-Landschaft ist überdurchschnittlich vom Klimawandel betroffen, somit ist der Kanton auch überdurchschnittlich stark in der Pflicht, schnellstmöglich zu handeln.

Das Pilotprojekt des Ebenrains ist lobenswert. Die zweite Ebene der BLKB-Beteiligung kann man kritisch sehen, auch innerhalb ihrer Partei gibt es kritische Stimmen. Bálint Csontos brachte vorhin die Thematik «Greenwashing» auf. Die Rednerin persönlich begrüsst es sehr, wenn Finanzinstitute einen Teil ihrer Verantwortung mit Blick auf die Klimakrise übernehmen, und dass das Sponsoring der Bank sie nicht davon befreit, ihr grundsätzliches Geschäft und ihre Finanzanlagen zu überdenken und klimafreundlich zu machen. Es ist schade, dass in der aktuellen Diskussion alles über einen Kamm geschoren wird. Denn das grundsätzliche Ansinnen des Humusprojekts ist erfreulich und es ist gut, dass das Baselbiet eine Pionierrolle übernimmt.

Zu Markus Graf meint sie: Auch wenn die Bauern schon über Jahrhunderte zu ihren Böden schauen, können sie noch mehr unternehmen und versuchen, es besser zu machen. Das Direktzahlungssystem ist so aufgebaut, dass in der Landwirtschaft konkrete ökologische Leistungen entschädigt werden.

Bei der Möglichkeit der erhöhten Nutzungsziffer für Holzbauten verweist der Regierungsrat auf bestehende raumplanerische Instrumente und auf die Verantwortlichkeit der Gemeinden. Eine Best-Practice-Richtlinie könne zudem hilfreich sein. Ist eine solche Richtlinie in Planung und wenn ja, wann ist mit ihr zu rechnen?

Pascal Ryf (CVP) möchte wissen, ob die Humusaufbereitung auf gepachteten Felder im Elsass auch vergütet werde.

Markus Graf (SVP) antwortet Pascal Ryf und Laura Grazioli. Genau bei solchen Themen wie eben von Pascal Ryf angesprochen, beginnt die Problematik. Jeder fragt sich, ob er auch noch Geld vom Projekt bekommt. Der Redner spricht das Ressourcenprojekt der pfluglosen Bodenbearbeitung des Ebenrains an, das seit Jahren läuft. Diese moderne Technik wird im Ausland seit Jahren angewandt. Das Ziel dabei ist, den Boden möglichst wenig aufzubrechen. Das CO₂ bleibt dauerhaft im Boden. Im biologischen Landbau ist der Pflug aber unersetzlich, denn Unkraut kann man nur mit dem Pflug bekämpfen. Das was wir seit Jahren machen, geht komplett in die falsche Richtung.

Jürg Vogt (FDP) fragt Laura Grazioli, worauf die spezielle Betroffenheit des Kantons Basel-Landschaft durch den Klimawandel gründe. Er erzählt von seiner Schulzeit im Ebenrain, wo Dr. Otto Buess – ein Pionier punkto Humusaufbau – tätig war. Dr. Otto Buess stellte das Ebenrain auf die biologische Landwirtschaft um und lehrte Humusaufbau sowie Bodenkenntnisse. Als der Redner den Bauernbetrieb von seinem Vater übernahm, erzählte er ihm, man müsse Kompost machen. 30 Jahre später übergab Jürg Vogt den Betrieb seinem Sohn und dieser sagte ihm dasselbe wie er seinem Vater vor 30 Jahren. Alle waren einverstanden, doch dann kommt der Praktiker. Der Redner fragt die Regierung, ob es wichtiger ist, dass man genug Nahrung produziert oder ob der Humusaufbau das wesentliche Ziel ist. Wenn der Humusaufbau das höchste Ziel ist, dann wird die Nahrungsmittelproduktion eingeschränkt. Die Schlussfolgerung, dass Böden mit hohem Humusgehalt gute Ertragspotenziale haben, ist richtig. Aber in Baselbieter Böden braucht es für eine Saat im Frühling ein bis zwei Bodeneingriffe mehr. Der Humusaufbau hat Grenzen und es stört ihn, dass die Studierenden den Praktikern ein Programm hinlegen und meinen, damit sei es getan.

Bálint Csontos (Grüne) fügt an, Häuser aus Holz verlängern den Kohlenstoffspeicher aus dem Wald. Diese Erkenntnis offenbart ein riesiges, schlummerndes Potenzial und es ist erfreulich, dass der Regierungsrat genau ausführt, was möglich wäre. Aktuell gibt es im bestehenden Recht Möglichkeiten. Sei es bei der Raumplanung, auf kommunaler Ebene bei Umzonungsreglementen oder Quartierplänen. Der Regierungsrat hat bereits eine Best-Practice-Richtlinie entwickelt, an der sich insbesondere kleinere Gemeinden orientieren können. Der Redner ermutigt den Regierungsrat, das Thema auch auf kantonaler Ebene anzuschauen und nicht nur im Rahmen von Einzelprojekten. Es sollen auch strukturelle Anreize geschaffen werden.

Rahel Bänziger (Grüne) entgegnet zum kleinen Seitenhieb ihres Vorredners gegen die Studierenden, auch diese würden immer wieder Studien machen und schauen, dass sie noch gescheiter werden. Das dürfen die Bauern auch. Es ist ein gutes Projekt, bei welchem genau die Erfahrung der Praktiker und eventuell von ein paar Studierenden einfließt, um es allenfalls anders oder noch besser zu machen oder das Leben für die Bauern einfacher zu machen. Das, was man in den letzten hundert Jahren gut gemacht hat, kann man weitermachen, aber vielleicht gibt es ja noch neue Ideen. Dem sollte man sich nie verschliessen, auch als Praktiker nicht.

Warum das Baselbiet so besonders betroffen ist? Die Baselbieter Topografie und der Boden sind besonders empfindlich auf die Trockenheit und die starken Regenfälle. Wassermangel und Dürre machen das Baselbiet anfälliger auf die Klimaveränderung als andere Regionen. Das wurde im Rat auch schon besprochen.

In Bezug auf die Tiefe meint Markus Graf, man müsse pflügen – aber das ist wahrscheinlich auch ein Teil des Projekts. Man schaut, wie tief man pflügen muss. Warum soll man sich dem verschliessen? Weiss Markus Graf denn schon, ob es 7 oder 15 cm sein müssen?

In der Interpellationsantwort wurde das Stichwort Geo-Engineering eingebracht. Dieses Thema

treibt die Rednerin schon lange um und wird von ihr mit sehr kritischem Auge beobachtet. Vor allem wenn es darum geht, Wolken mit Chemikalien zu impfen, die dann mit dem Regen zusammen ausgewaschen werden, was wiederum in gewisser Korrelation zu gewissen Krankheiten steht, die in den betroffenen Regionen festgestellt wurden. Wie stellt sich der Regierungsrat dazu? Die Landrätin hofft nicht, dass es im Baselbiet in dem Ausmass geplant ist.

Laura Grazioli (Grüne) bestätigt die Aussage ihrer Vorrednerin, die BL-Region sei heisser und trockener und somit mehr von der grundsätzlichen Klimaerwärmung betroffen als andere Regionen der Schweiz. Zudem hat das Baselbiet keine grossen Gewässer, die genutzt werden könnten, um zusätzlich zu bewässern. So ist man tendenziell schnell von einem Wassermangel betroffen. Warum fühlt man sich durch dieses Projekt derart angegriffen? Es wird nirgendwo impliziert, dass die Bauern zu wenig machen. Das ist allen klar, sowohl dem Ebenrain als sicher auch Regierungsrat Thomas Weber. Es ist einfach eine zusätzliche Massnahme. Wie gesagt, es ist bereits im Landrat diskutiert und verabschiedet sowie mit dem AFP 2020–2023 finanziert worden.

Markus Graf (SVP) kommt es bei dem Projekt so vor, als ob man eine Zitrone, die bereits ausgepresst ist, noch mehr auspresst, und dann nichts mehr rauskommt. Laura Grazioli empfiehlt der Landrat, einmal mit dem Auto oder Zug ins Deutsche zu fahren. Dort liegen Hunderte von Hektaren Ackerland bracht. Mehr als ein halbes Jahr. Sieht man in der Schweiz je brachliegende Äcker? Vielleicht jetzt, weil Ackern jetzt erlaubt ist. Aber in Deutschland und Frankreich gibt es Monokulturen von Mais, wobei die Äcker mehr als ein halbes Jahr brach liegen. Dort ist noch Potenzial. Im Baselbiet ist die Zitrone ausgepresst.

Susanne Strub (SVP) entgegnet Rahel Bänziger, sie unterscheide zwischen Studierenden und Bauern. Man erhalte von Studierenden oft «cheibe» gute Tipps. Nur ist das Problem dann, dass wenn das Projekt Hunderttausende von Franken kostet, 80 % des Geldes in der Tasche des Studierenden im Planungsbüro landet und der Bauer nur einen ganz kleinen Teil davon erhält.

Regierungspräsident **Isaac Reber** (Grüne) meint scherzend: Aufgepasst, es spricht ein Studierter! Allerdings habe er nicht alle Disziplinen studiert und müsse den Landrat in Bezug auf die soeben stattfindende Fragestunde vertrösten. In der ordentlichen Fragestunde, zu deren Vorbereitung der Regierungsrat zwei Tage Zeit hat, sind zwei Fragen zugelassen. Hier wurden etwa zwanzig Fragen gestellt. Der Regierungspräsident wird nicht alle beantworten können und wollen. Grundsätzlich ist es an der Zeit, die Diskussionen zu beenden und mit dem Handeln anzufangen. Es gibt sowohl natürliche als auch menschliche Einflüsse, die das Klima bestimmen. Das einzige, worüber man sich streiten kann, ist, wie gross die jeweiligen Anteile sind. Geht man aber davon aus, dass man als Mensch heute z. B. Energie und noch vieles andere konsumiert sowie auch davon ausgeht, dass man bis zu einem gewissen Grad dafür verantwortlich ist, was man den Nächsten überlässt, so ist das Vorsorgeprinzip das Richtige, d.h. man sollte nicht ewig diskutieren, sondern handeln.

Heute konnte man in der Zeitung lesen, es sei folgende Frage gestellt worden: In den achtziger Jahren hat man vom Waldsterben gesprochen, und was ist passiert? Nichts, der Wald lebt noch. – Die Botschaft ist schön, das Bild aber falsch. Denn damals wurde gehandelt, und das sollte man heute auch tun. Beispielsweise wurde aus sämtlichen Treib- und Heizstoffen der Schwefel entfernt, womit man dem sauren Regen zu Leibe gerückt ist, was wiederum dazu geführt hat, dass es dem Wald wieder besserging. Auch heute sollte man in diesem Sinne handeln.

Der Regierungsrat wird sich bei seinem Handeln eher an die irdischen Sachen halten. Für das Weltall ist man nicht zuständig. Man ist in verschiedenen Bereichen aktiv unterwegs und möchte an den richtigen Stellen – wie bei den Emissionen – ansetzen und nicht nur flicken. Eine Schiene, die nicht weiter erläutert werden muss, ist das Energiepaket. An den Emissionen muss weiterhin

gearbeitet werden, dazu gehört auch der Verkehr. Es gibt auch weitere Vorhaben. Und wer den AFP 2020–2023 studiert hat – in der Langfristplanung ist das Humusprojekt enthalten – sollte nicht allzu überrascht sein, erinnert der Umweltdirektor Markus Graf. Isaac Reber empfiehlt, sich einmal damit zu befassen.

Ein anderes Thema in der Langfristplanung ist die Förderung des Holzbaus. Es ist unerlässlich, hier eigene Erfahrungen zu sammeln, um damit jemandem eine «Best Practice» mitgeben zu können. Der Kanton möchte selbst als Vorbild vorangehen, aber auch die Gemeinden unterstützen, denn vieles, das gebaut wird, läuft über die Gemeinden.

Die Frage bezüglich Frankreich von Pascal Ryf kann der Regierungspräsident auch nicht beantworten, da er nicht zuständig ist. Jürg Vogt stellt den Regierungsrat vor die schwierige Entscheidung, was man den Vorzug geben möchte, der Nahrung oder dem Humusaufbau. Der Regierungsrat BL versucht immer, salomonisch einen Weg zu finden, der für alle stimmt und auf dem man weiterkommt. Die Antwort ist auch klar, denn ohne Humus gibt es keine Nahrung, daher ist beides gleichermassen wichtig. Und daran wird man sich halten. Es sind alle angehalten, ohne Aufregung, aber vor allem konkret an dem Thema mitzuarbeiten. Man wird in den nächsten Jahren und Jahrzehnten damit beschäftigt sein. Das Landratskollegium ist eingeladen, konstruktiv auf diesem Weg mitzuwirken, so wie es an verschiedenen Orten bereits gezeigt und bewiesen wurde. *[Zustimmendes Klopfen von links].*

://: Die Interpellation ist erledigt.
